

# Klimaschutz ist auch eine Frage der Prioritätensetzung

## Zu den Handlungsempfehlungen der Kulturpolitischen Gesellschaft



Foto: Michael Bleckmann

Dr. Norbert Sievers ist wissenschaftlicher Berater des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

*Die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. setzt sich seit vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, für eine nachhaltige und klimagerechte Kulturpolitik ein. Ihr Institut für Kulturpolitik (IfK) arbeitet(e) an zwei Projekten, um den Erkenntnisstand mit Blick auf dieses Thema zu qualifizieren und in die Akteurslandschaft zu vermitteln.<sup>1</sup> Aus diesen Arbeitsprozessen heraus ist ein Policy-Paper entstanden, in dem Empfehlungen für die kulturpolitische Praxis vorgestellt werden.<sup>2</sup> Das Papier versteht sich als Zwischenergebnis der Projektarbeiten. Es soll mit dem weiteren Erkenntnisfortschritt in den Projekten und durch die Diskussion der Empfehlungen stetig aktualisiert werden. Im folgenden Beitrag wird auf die grundsätzliche kulturpolitische Einbettung und Einführung dieses Papiers eingegangen.*

**D**ie Bekämpfung des Klimawandels und der Umgang mit den Folgen der eintretenden katastrophalen Auswirkungen dieses Wandels sind eine globale, nationale und lokale Aufgabe der politischen Systeme und der Zivilgesellschaften. Im März 2021 hat das Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil festgestellt, dass das Grundgesetz den Staat zum Klimaschutz verpflichtet und Art. 20a GG sogar eine »objektivrechtliche Schutzverpflichtung auch in Bezug auf künftige Generationen begründen kann«.<sup>3</sup> Der Kulturbereich ist wie alle anderen politisch gestalteten Bereiche aufgerufen, sich daran zu beteiligen, auch wenn er nicht zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittierenden gehört. Er steht dabei vor einer doppelten Herausforderung. Zunächst geht es darum, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Produktion, der

Vermittlung und der Inanspruchnahme von und der Mitwirkung an Kulturangeboten so weit wie möglich zu reduzieren. Dieses Ziel ist anspruchsvoll, zumal die Zeit drängt und die Instrumente erst entwickelt und zur Verfügung gestellt werden müssen, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen wirksam zu vermeiden und die Effekte zu messen. Deshalb ist nachvollziehbar, was auch die IfK-Klimastudie gezeigt hat (Stand: 2022!), dass die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der kommunalen Kulturpolitik noch sehr auf einer allgemeinen Ebene der Problembearbeitung und -diskussion verharren und die notwendige verwaltungsstrukturelle Tiefe und operative Konkretisierung flächendeckend noch nicht erreicht haben. Vor allem auf der Umsetzungsebene gibt es noch einen erheblichen Initiativ- und Nachholbedarf.

Der Umgang mit dem Klimawandel ist jedoch nicht nur aus einer pragmatisch-betriebsökologischen und technisch-instrumentellen Perspektive zu bewerten. Er berührt auch ethische und im Kern kulturelle Fragen, weil es bei der notwendigen Transformation auch darum geht, wie die Menschen in Zukunft leben wollen und können. Es bedarf eines neuen Narrativs der nachhaltigen Entwicklung, in dem die Kultur als vierte Dimension, ein positiver Freiheitsbegriff, der sich dem Gebot der Beschränkung nicht verschließt, und ein ressourcenschonender Lebensstil eine zentrale Rolle einnehmen. Notwendig ist eine neue wertegeleitete Erzählung, in der Zukunft gesellschaftlich wieder denk- und kommunizierbar wird. Kunst- und Kulturakteur:innen können dabei behilflich sein, indem sie diese Fragen mit ihren Mitteln verhandeln. Ihre Produktionsorte, Werkstätten und Bühnen können als Experimentierräume und Labore genutzt werden, um kreative Zukunftsideen einer nachhaltigen und klimagerechten Lebensweise zum Vorschein zu bringen und zur Diskussion zu stellen. Sie hätten dadurch die Chance, sich in dieser hochdynamischen Entwicklung neu ins Gespräch zu bringen. Kulturpolitik müsste dafür

1 Dabei handelt es sich um die Projekte »Nachhaltige und klimagerechte Kulturpolitik« (2020-2023; s. auch Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2023): »Nachhaltige und klimagerechte Kulturpolitik. Projektabschlussbericht«, in: Materialien Nr. 16, Bonn) und die IfK-Mitarbeit am Projekt »Culture4Climate«; s. <https://kupoge.de/culture4climate/>

2 siehe QR-Code

3 Siehe [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324\\_1bvr265618.html;jsessionid=235D890DFE7A16C85730AA49C80658A8.internet952](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html;jsessionid=235D890DFE7A16C85730AA49C80658A8.internet952)



die Voraussetzungen schaffen, indem sie sich den ökologischen Herausforderungen stellt und ihnen – wie die Kulturstaatsministerin Claudia Roth – eine »übergeordnete Rolle« einräumt.<sup>4</sup>

### **Kulturpolitik als transformatorische Strukturpolitik begreifen**

Um in einer Zeit sich überlappender Krisen und Herausforderungen bestehen zu können, ist nichts weniger nötig als ein Paradigmenwechsel in der Kulturpolitik, der alle Dimensionen des Politischen betrifft: die Entwicklung und Verankerung nachhaltiger und klimagerechter Ziele und Absichten (Policy), die Ausbildung dafür förderlicher institutioneller Strukturen (Polity) und die Installierung von neuen Verfahren und Strategien (Politics). Klimaschutzmaßnahmen sind im Kulturbereich dabei von übergeordneter Bedeutung und bedürfen einer besonderen politischen Berücksichtigung. Angesichts der epochalen Herausforderungen, mit der die Gesellschaft und die Kulturpolitik konfrontiert sind, geht es nicht mehr nur um Kulturförderung, sei sie individuell, institutionen- oder projektbezogen, sondern um die strukturelle Transformation und Adaption des Kultursystems hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Dies betrifft sowohl die Ämter und Agenturen der öffentlichen Kulturförderung sowie die intermediären Institutionen der Information und Qualifikation als auch die konkreten Einrichtungen der Kulturproduktion und -vermittlung. Insbesondere die Kulturpolitik des Bundes und der Länder sind in dieser Situation auf ihre eigentliche Aufgabe zurück- (oder – je nach Lesart – auch nach vorne) geworfen, weil diese vor allem in der Sicherung der Rahmenbedingungen des kulturellen Schaffens und der Bewahrung des kulturellen Erbes liegt. Es ist notwendig, diesem Selbstverständnis wieder mehr Geltung zu verschaffen. In Zukunft wird es weniger darauf ankommen, Einzelmaßnahmen von bundes- oder landesweiter Bedeutung zu fördern, als darauf, strukturpolitisch wirksam zu werden.

### **Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit zum Top-Thema der Kulturpolitik machen**

Es reicht nicht, wenn Klimaschutz und Nachhaltigkeit in bundesweiten kulturpolitischen Debatten einen hohen Stellenwert haben. Sie müssen auch in der kulturpolitischen Praxis vor Ort ein Top-Thema sein, das auf der Agenda den ersten Platz einnimmt. Dafür braucht es begründender und unterstützender Debatten, aber auch den Abbau struktureller Blockaden und Denkverbote (z. B. Nichtzuständigkeiten oder Vorschriften des Denkmalschutzes). Ferner sollten die mentalen Hindernisse (z. B. fehlendes Bewusstsein hinsichtlich der Eilbedürftigkeit und Vorrangigkeit des Klimaschutzes oder die Sorge um die Einschränkung der Kunstfreiheit) zur Diskussion gestellt werden.

4 Roth, Claudia (2022): Vorwort. In: Kröger, F., Mohr, H., Sievers, N. & Weiß, R. (2022). Jahrbuch für Kulturpolitik 2021/22: Kultur der Nachhaltigkeit. Bielefeld: transcript Verlag, S. 12

Die Anpassung der Kulturpolitik an den Klimawandel ist insoweit auch ein diskursives und mentales Problem, weil die notwendigen Maßnahmen das Selbstverständnis und alte Gewissheiten (z. B. Wachstum, Vielfalt) der handelnden Akteur:innen herausfordern.<sup>5</sup> Dabei ist mit Missverständnissen und Widerständen zu rechnen, die diskutiert werden müssen. Es geht deshalb auch darum, Bewusstseinsbildung (z. B. durch Tagungen und Publikationen) zu betreiben und den kulturellen Akteur:innen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Notwendig ist, an einem neuen Konsens zu arbeiten, um die in der IfK-Klimastudie konstatierte »Policy-Schwäche« des Kulturbereichs hinsichtlich einer proaktiven und agilen Kulturpolitik der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes durch inhaltliche Debatten und konkrete Zielformulierungen zu stärken und neue Priorisierungen zu ermöglichen.

### **Transformationseifer und Veränderungsmüdigkeit**

Viele Kommunen und Länder sind dabei, sich klimasensibel und nachhaltig auszurichten. Durch Eigeninitiative, Modellvorhaben und pragmatische Ansätze haben sie Grundlagen für eine Etablierung und Umsetzung einer nachhaltigen und klimagerechten Kulturpolitik geschaffen. Diese generell positive Einschätzung wird jedoch dadurch getrübt, dass nicht immer deutlich wird, durch welche konkreten Maßnahmen die guten Absichten unterfüttert werden sollen, und dass im Zweifel das neue Projekt oder ein neues Haus Vorrang vor Klimaschutzmaßnahmen hat, weil sie zu mehr »Sichtbarkeit« führen. Hinzu kommt, dass die Transformationserfordernisse durch konkurrierende Herausforderungen (z.B. Digitalisierung, Diversität; auch: finanzielle Restriktionen) und deren diskursive Prominenz und moralische Zuspitzung die Herausbildung von Prioritäten und Übereinkünfte immer mehr erschweren und auch im Verwaltungshandeln zu einer »Veränderungser-schöpfung« (Steffen Mau) führen. Statt »Agilität« ist dann ein Rückzug in die Alltagsgeschäfte die Folge, in denen das Nächste und Befristete stets Vorrang hat vor der großen Transformation. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, die kulturpolitischen Akteur:innen zu ermutigen, den eingeschlagenen Weg zu einer nachhaltigen und klimagerechten Kulturpolitik weiterzugehen und ihre Transformationskompetenz durch Argumente und konkrete Informationen zu unterstützen. Dabei geht es auch um Vertrauen gegenüber denjenigen, die in der Kulturpolitik Verantwortung tragen, und um deren Ermutigung, zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie nicht allen gefallen. Das Policy-Papier versteht sich als Beitrag dazu. ■

5 Dem Kulturbereich wohnte eine Steigerungslogik inne, die im kulturpolitischen Diskurs fest verankert ist. Kulturförderung im Modus der Beschränkung zu denken, ist fast unmöglich. Eine Ausnahme bildet hier KuPoGe-Präsident Tobias J. Knoblich; siehe dazu seinen Beitrag »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« in: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 182 (III/2023, S. 57-61). Auch der Begriff der »Vielfalt« ist kulturpolitisch stets als Aufforderung zum Wachstum und nicht der Differenzierung und Transformation verstanden worden.